Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker

Postfach 2024
D-37010 Göttingen
Tel.: +49 551 499 06-0
Fax: +49 551 580 28
E-Mail: info@gfbv.de
www.gfbv.de

Menschenrechtsorganisation mit beratendem Satus bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat

An
seine Heiligkeit Papst Leo XIV

Per Email

Göttingen, 07.11.2025

Ihr Türkei-Besuch: Aufklärung des Schicksals der syrischen Bischöfe von Aleppo und Einsatz für den Frieden in der Türkei

Sehr geehrter Heiliger Vater, Papst Leo XIV.,

sehr geehrte Damen und Herren,

ich wende mich im Namen der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) mit einer Bitte anlässlich Ihres bevorstehenden Besuchs in der Türkei an Sie. Bitte setzen Sie sich für die Aufklärung des Schicksals der syrischen Bischöfe von Aleppo und für Frieden, Gerechtigkeit und den Schutz religiöser und ethnischer Minderheiten in der Türkei ein.

Kurden werden durch den türkischen Staat unvermindert politisch verfolgt. Eine vermeintliche Unterstützung der PKK wird als Grund für Festnahmen und Inhaftierungen genutzt. Spätestens seitdem der Anführer der PKK, Abdullah Öcalan, seine Organisation dazu aufgerufen hat, die Waffen niederzulegen und sich aufzulösen, sollte der türkische Staat seine Kriege und alle Feindseligkeiten gegen die Kurden in der Türkei und außerhalb des Landes beenden sowie alle nationalen Rechte der Kurden verfassungsmäßig anerkennen.

Ein Frieden zwischen Kurden und Türken würde nicht nur die Lage in der Türkei, sondern auch in den Nachbarländern stabilisieren und somit die Situation der Christen und anderer Minderheiten verbessern. Wenn in der Türkei und Kurdistan Krieg, Gewalt und Terror herrschen, geraten Christen, andere religiöse Minderheiten sowie die gesamte Zivilbevölkerung zwischen die Fronten.

Wir bitten Sie, bei den Gesprächen mit Ihren türkischen Gesprächspartnern, insbesondere mit Präsident Erdoğan, auch die Entführung der syrischen Bischöfe von Aleppo anzusprechen. Ihre Familien und Freunde sowie Christen in Syrien und im Nahen Osten warten auf die Aufklärung dieser schrecklichen Entführung.

Am 22. April 2013 wurden der Erzbischof der syrisch-orthodoxen Kirche, Mor Gregorius Yohanna Ibrahim, und der Erzbischof der griechisch-orthodoxen Kirche, Boulos Yazigi, im Nordwesten Syriens, unmittelbar an der türkischen Grenze, entführt. Von ihnen fehlt bis heute jede Spur. Bislang hat sich niemand zu der Entführung bekannt. Die beiden Bischöfe galten als Vermittler,

Botschafter und Kämpfer für die Menschenrechte in Syrien. Dafür wurden sie 2014 auf Vorschlag der GfbV in Abwesenheit mit dem Weimarer Menschenrechtspreis ausgezeichnet.

Hinweise deuten auf eine Beteiligung radikaler syrischer Islamisten hin, die auch von der Türkei unterstützt werden. Wir bitten Sie inständig, um Ihre Unterstützung. Die Türkei kann und muss ihren Einfluss auf die neuen syrischen Machthaber nutzen, um das Schicksal der Bischöfe aufzuklären.

Wir bitten Sie, während Ihrer ersten Auslandsreise ein wichtiges Zeichen der Unterstützung für Verfolgte zu setzen und nicht nur Würdenträger der Christen in Istanbul zu treffen, sondern auch in die historische Heimat der syrisch-orthodoxen Christen Tur Abdin in der Südosttürkei zu reisen. Ihr Besuch des Klosters Mor Gabriel wäre für die hunderttausenden syrisch-orthodoxen Christen in Deutschland und ganz Europa von großer Bedeutung. Ein solcher Besuch würde auch die wenigen dort verbliebenen Assyrer/Aramäer stärken, die ihre Religion, Kultur und Sprache, das Aramäische, die Sprache Jesu, schützen wollen. Seit Jahren kämpft das mindestens 1600 Jahre alte Kloster um sein Überleben. Es wird von muslimischen Nachbarn bedrängt. Bitte helfen Sie mit, dieses wichtige religiöse Kulturgut zu bewahren!

Die Mitglieder, Förderer und viele andere Unterstützer unserer Menschenrechtsorganisation – darunter viele gläubige Katholiken – möchten Ihnen einige weitere Forderungen mit auf den Weg in die Türkei geben. Wir bitten Sie, diese mit dem türkischen Präsidenten Erdoğan und anderen Gesprächspartnern zu erörtern.

- Alle kurdischen politischen Gefangenen sowie türkische Demokraten, die sich auch für die vollständige Glaubensfreiheit von Christen einsetzen, müssen umgehend aus türkischen Gefängnissen freigelassen werden.
- Wegen der Diskussion und der Forderung nach Anerkennung des Völkermords an den Armeniern, Pontosgriechen, Assyrern/Aramäern und anderen Minderheiten im Osmanischen Reich darf niemand verfolgt oder angeklagt werden.
- Die Eigentumsstreitigkeiten zwischen Christen, Muslimen, Yeziden und Aleviten müssen friedlich und gerecht gelöst werden. Die christliche Bevölkerung darf dabei nicht benachteiligt werden.
- Es dürfen bei der Reformierung von Gesetzen oder der Verfassung keine Zugeständnisse an radikale islamistische Gruppen gemacht werden.
- Die vollständige Gleichberechtigung zwischen Christen, Aleviten, Jesiden, Juden und anderen religiösen und ethnischen Minderheiten vor Gericht muss gewährleistet sein.
- Hetze gegen Christen, Yeziden, Aleviten, Juden und Andersgläubigen durch radikale Imame in den Moscheen muss unterbunden und gerichtlich geahndet werden.
- Die türkische Regierung muss dafür sorgen, dass Kurden, Yeziden, Christen und Aleviten, die während der kriegerischen Auseinandersetzungen mit der PKK aus ihren Dörfern vertrieben wurde, zurückkehren können und entschädigt werden. Alle Dörfer müssen wiederaufgebaut werden.

- Die türkische Regierung muss juristische Grundlagen für die Rückkehr syrisch-orthodoxer Christen ins Tur Abdin aber auch für Yeziden in der Südosttürkei schaffen und Grundbesitzfragen klären.
- Die türkische Regierung muss die Rechte der syrisch-orthodoxen Christen als religiöse, ethnische und sprachliche Minderheit in der Verfassung verankern.
- Die Rechte auf religiöse Selbstbestimmung und Meinungsfreiheit müssen für alle Menschen, die in der Türkei leben, in vollem Umfang gelten – auch für ehemalige Muslime und für missionarisch aktive Menschen.
- Die Türkei muss den Menschen in Syrien dabei helfen, die Lage in ihrem Land zu stabilisieren. Drohungen mit Krieg und Gewalt seitens der Türkei gegen Kurden und andere Volksgruppen, wie Christen, Drusen, Alawiten oder Yeziden, müssen unterlassen werden.
- Die Türkei darf islamistische Milizen in Syrien, die Minderheiten angreifen, nicht mehr unterstützen.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) setzt sich bereits seit Ende der 1960er Jahre für Christen und andere religiöse und ethnische Minderheiten wie Yeziden, Aleviten, Armenier, Assyrer/Aramäer und Kurden in der Türkei ein. Die GfbV macht seit Jahren auf die Missstände in der Türkei aufmerksam und fordert eine friedliche und gerechte Lösung der Kurdenfrage innerhalb und außerhalb des Landes.

Für die freundliche Berücksichtigung dieser Anliegen bedanken wir uns herzlich und verbleiben

mit dem Ausdruck verehrungsvoller Hochachtung und freundlichen Grüßen

Dr. Kamal Sido,

Referent für ethnische, religiöse, sprachliche Minderheiten und Nationalitäten
Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)